



AUTONOMIEKONVENT
CONVENZIONE SULL'AUTONOMIA
CONVENZIUN D'AUTONOMIA

Südtirol mitdenken
Immaginare l'Alto Adige
Pensé I Südtirol



SCHALT DICH EIN!
ATTIVATI!
ATIVETE!

konvent.bz.it
convenzione.bz.it
convenziun.bz.it

Zusammenfassung/Riassunto

**Open Space, 23.01.2016, Bozen/Bolzano,
EURAC**

Open Space, 23. Januar 2016, Bozen, EURAC – Themenübersicht und Zusammenfassung der Protokolle

Diese Zusammenfassung dient der Information und gibt eine Übersicht zu den Themen und Überlegungen, die in der ersten Open-Space-Veranstaltung in der EURAC in Bozen im Rahmen des Südtirol-Konvents erarbeitet worden sind.

Es können nicht alle dargelegten Argumente wiedergegeben werden, jedoch sind kontroverse Positionen herausgearbeitet worden. Grundlage dafür sind die von den Teilnehmenden verfassten Protokolle zu den einzelnen Workshops. Für deren genauen Wortlaut wird auf die vollinhaltliche Transkription (https://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle_verbali_23.01.2016_definitiv_webseite.pdf) verwiesen.

Es standen insgesamt 35 Themen zur Diskussion und dem Sekretariat des Autonomiekonvents wurden 34 Protokolle übermittelt.

Die Vorschläge aus diesen Protokollen wurden zu **neun thematischen Clustern** zusammengefasst:

1. Ausbau der Autonomie

Für den Ausbau der Autonomie werden detaillierte Vorschläge vorgelegt, wonach Südtirol in zahlreichen Politikfeldern die primäre Gesetzgebungsbefugnis und somit weitere Kompetenzen zuerkannt werden sollen. Genannt werden u. a. die Bereiche Umwelt, Handelskammer, Arbeitsrecht, Arbeitsbeziehungen, Raumordnung, Gesundheitswesen, öffentlicher Rundfunk, Postverwaltung, Schul- und Sportautonomie, Landespolizei, Steuerhoheit, Migrationspolitik. Die Durchgriffsklausel des Staates soll abgeschafft werden. Der Ausbau der Zuständigkeiten ist auch das Ziel der Verfechter der Vollautonomie. Weitere Kompetenzübertragungen sollen mittels Verhandlungen mit der Regierung in Rom bzw. auf parlamentarischer Ebene erzielt werden, u.a. im Zuge der Änderung des Autonomiestatuts. Der Fortbestand der Region wird kontrovers diskutiert. Andere Autonomiemodelle werden als Vorbilder genannt (Åland, Grönland).

2. BürgerInnenbeteiligung

Im Autonomiestatut sollen die Mitspracherechte der BürgerInnen verankert werden, u.a. die Zuerkennung der Statutshoheit an Südtirol, die Möglichkeit von Volksinitiativen auch zum Wahlgesetz und zum Gesetz zur direkten Demokratie und Grundsätze der partizipativen Raumplanung.

3. Europa

Die Europaregion soll gestärkt werden. Das Europa der Regionen bedeutet Vielfalt und Eigenheit der jeweiligen Territorien und dies soll identitärer Referenzpunkt für zukünftige Generationen werden. Die Beziehungen mit der Europäischen Union müssen geregelt werden. Eine neue europäische Dimension ist die der Makroregionen.

4. Präambel

Im Zuge der Überarbeitung soll das Autonomiestatut eine Präambel mit grundsätzlichen Aussagen erhalten. Vorgeschlagen wurden u. a.: Pariser Abkommen,

Südtirols kulturelle Besonderheiten und identitätsmäßige Vielfalt, Bürgerrechte, interregionale und internationale Zusammenarbeit, Subsidiaritätsprinzip, Territorialautonomie, Selbstbestimmungsrecht, Schutzmachtfunktion Österreichs.

5. Proporz und Mehrsprachigkeit

Der Proporz wird auch für die Zukunft als notwendiges Friedensinstrument betrachtet, das alle drei Sprachgruppen schützt. Auch Zuwanderer sollten sich einer Sprachgruppe zuordnen. Die effektive Zweisprachigkeit sollte überprüft und deren Nichteinhaltung sanktioniert werden. Missbräuchlichen Zugehörigkeitserklärungen sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Es wird aber auch gefordert, den Proporz und die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abzuschaffen und bei Stellenbesetzungen nur die Sprachkenntnisse zu überprüfen. Der Proporz sollte flexibel angewandt und durch Korrektive ergänzt werden, die der fachlichen Eignung stärker Rechnung tragen.

6. Schule

Eine Position besteht in der strikten Ablehnung eines Abrückens vom Prinzip des muttersprachlichen Unterrichts sowie jeder Form der Immersion. Der Methode CLIL wird unterstellt, dass sie die Qualität des Unterrichts zerstöre. Dem steht die Forderung gegenüber, dass die Sprachgruppen eigenständig über die Schulmodelle entscheiden sollen. Man müsse sich neuen Wegen öffnen. Den Eltern soll es demnach offen stehen, in welcher Schule sie die Kinder einschreiben. Das ladinische Schulmodell wurde als positives Beispiel erwähnt. Kritisiert werden fehlende Erfolge im Zweitsprachenunterricht, aber auch Mängel in der Beherrschung der Muttersprache sowie der fehlende Wille zum Erlernen der Zweitsprache. Die Zweitsprache sollte in ihrer alltagssprachlichen Ausprägung gelehrt werden.

7. Selbstbestimmung

Von einer Reihe von Teilnehmern wird betont, dass das Selbstbestimmungsrecht ein Grundrecht ist, das über der Verfassung steht und deshalb den Südtirolern zugestanden werden muss. Das Bekenntnis zur Selbstbestimmung soll im Autonomiestatut verankert werden. Ziel ist die Errichtung eines eigenständigen Staates. Verwiesen wird auf die Selbstbestimmungsbestrebungen in anderen europäischen Regionen. In anderen Wortmeldungen wird vor isolationistischen Tendenzen gewarnt und die Möglichkeit, die Herauslösung aus dem italienischen Staat durchzusetzen, infrage gestellt. Die Autonomie wird von einigen als zufriedenstellende Lösung angesehen, die in Richtung Vollautonomie weiter entwickelt werden kann. Bei einer Abspaltung von Italien sollte zuvor das Verhältnis zur EU geklärt werden, auch die Frage, ob Südtirol auf sich alleine gestellt finanziell überleben kann.

8. Toponomastik

Bei der Toponomastikfrage wird von TeilnehmernInnen, die diese als grundlegendes Problem betrachten, die gesetzliche Anerkennung der historisch gewachsenen Ortsnamen und die Abschaffung der pseudoitalienischen Ortsnamen gefordert, die nur mehr im alltäglichen Sprachgebrauch genutzt werden sollen. Andere rufen dazu auf, mit der Thematik der Ortsnamenregelung locker umzugehen.

9. Zusammenleben der Sprachgruppen

Südtirol soll laut einer Reihe von Wortmeldungen bereichernder Begegnungsraum für unterschiedliche Menschen, Kulturen und Sprachen sein. Das Denken in Sprachgruppen und Ängste sollen überwunden und Stätten der Vergebung geschaffen werden. Die Kenntnis der zweiten Sprache wird als Schlüssel für das Zusammenleben betrachtet. Andere Diskussionsteilnehmer halten den Begriff der ethnischen Gruppe für wichtig und notwendig. Sie wollen in Südtirol keinen nivellierenden Mischmasch. Es gebe keine ethnischen Käfige, jeder könne sich frei entwickeln. Im Land gebe es Zusammenleben, aber auch Nebeneinander. Für ein gutes Zusammenleben brauche man eine starke Abnabelung von Rom.

Open space del 23 gennaio 2016, Bolzano, EURAC Riassunto delle tematiche trattate e dei relativi protocolli

Il presente riassunto ha scopo informativo e offre una panoramica delle tematiche trattate e delle considerazioni emerse durante il primo open space della Convenzione sull'Autonomia, che ha avuto luogo all'EURAC di Bolzano.

Non è possibile riportare tutte le argomentazioni esposte, si è però tenuto conto delle posizioni controverse. Il riassunto si basa sui verbali redatti dai partecipanti ai gruppi di lavoro. Per consultare i testi originali si rimanda alle trascrizioni complete (https://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle_verbali_23.01.2016_definitiv_webseite.pdf) dei verbali.

In tutto sono state affrontate 35 tematiche e consegnati 34 verbali al Segretariato della Convenzione.

Le proposte contenute nei verbali sono state raggruppate in **nove ambiti tematici**:

1) Ampliare l'autonomia

Si presentano proposte dettagliate volte ad ampliare l'autonomia, e a riconoscere la potestà legislativa primaria alla Provincia di Bolzano in molti ambiti politici e dunque ulteriori competenze in settori quali l'ambiente, la Camera di commercio, il diritto del lavoro, le relazioni tra le parti sociali, l'urbanistica, la sanità, la radiotelevisione pubblica, il servizio postale, l'autonomia scolastica e in ambito sportivo, la polizia provinciale, la potestà impositiva e le politiche migratorie. Si auspica l'abolizione della clausola di supremazia dello Stato. L'ampliamento delle competenze è anche l'obiettivo dei fautori dell'autonomia integrale. Si mira a ottenere ulteriori competenze attraverso la concertazione negoziale con il Governo a Roma e a livello parlamentare, tra l'altro in occasione della modifica dello Statuto di autonomia. La sopravvivenza e lo sviluppo della regione risulta essere un argomento di discussione controverso. Si richiamano altri modelli di autonomia (Isole Åland, Groenlandia) quali esempi da seguire.

2) Partecipazione dei cittadini

Si auspica che i diritti di partecipazione dei cittadini siano sanciti dallo Statuto; si menzionano, tra l'altro, il riconoscimento della sovranità statuarica dell'Alto Adige, la

possibilità di ricorrere all'iniziativa popolare anche sulla legge elettorale e sulla legge sulla democrazia diretta nonché i principi dell'urbanistica partecipata.

3) Europa

Si auspica il rafforzamento dell'Euregio. L'Europa delle regioni è sinonimo di pluralità e peculiarità dei singoli territori e dovrebbe diventare un punto di riferimento identitario per le generazioni future. Vanno regolamentati i rapporti con l'Ue. Le macroregioni rappresentano una nuova dimensione europea.

4) Preambolo

In fase di revisione dello Statuto di autonomia si dovrebbe prevedere un preambolo contenente alcune dichiarazioni di principio, tra cui l'Accordo di Parigi, le peculiarità culturali e la pluralità identitaria dell'Alto Adige, i diritti dei cittadini, la cooperazione interregionale e internazionale, il principio di sussidiarietà, l'autonomia territoriale, il diritto all'autodeterminazione e il ruolo di potenza tutrice dell'Austria.

5) Plurilinguismo e proporzionale

La proporzionale viene considerata uno strumento di pace necessario anche per il futuro, per la tutela di tutti e tre i gruppi linguistici. Anche gli immigrati dovrebbero aggregarsi a un gruppo linguistico. L'uso effettivo delle due lingue dovrebbe essere verificato e se ne dovrebbe sanzionare la mancata osservanza. Si dovrebbe mettere un freno alle dichiarazioni di appartenenza abusive. Si chiede però anche di abolire la proporzionale e la dichiarazione di appartenenza linguistica e di verificare le competenze linguistiche solo in fase di assunzione. Si auspica un'applicazione flessibile della proporzionale, prevedendo misure correttive atte a dare maggior peso alla qualifica professionale.

6) Scuola

Una posizione consiste nel rifiuto categorico di rinunciare al principio dell'istruzione nella madrelingua nonché nell'opposizione a qualsiasi forma di immersione linguistica. Il CLIL viene visto come un metodo che mina la qualità dell'insegnamento. A ciò si contrappone la richiesta di concedere ai gruppi linguistici autonomia decisionale nella scelta dei modelli scolastici. Si dovrebbero prendere in considerazione nuove strade. Ai genitori dovrebbe essere dunque data libera scelta sulla scuola in cui iscrivere i propri figli. In qualità di esempio positivo è stato menzionato il modello ladino. Si sono criticati i mancati successi nell'insegnamento della seconda lingua, ma anche le carenze nella conoscenza della madrelingua e la mancanza di volontà di apprendere la seconda lingua. La seconda lingua dovrebbe essere insegnata nella varietà di uso quotidiano.

7) Autodeterminazione

Diversi partecipanti sottolineano che il diritto all'autodeterminazione sia un diritto fondamentale posto al di sopra della Costituzione e che debba dunque essere riconosciuto agli altoatesini. La vocazione all'autodeterminazione dovrebbe essere sancita dallo Statuto di autonomia. L'obiettivo consiste nella creazione di uno Stato indipendente. Si fa riferimento all'aspirazione all'autodeterminazione di altre regioni europee. Altri interventi mettono in guardia da tendenze isolazionistiche e dubitano della possibilità di staccarsi dallo Stato italiano. L'autonomia viene vista da alcuni come soluzione soddisfacente, da sviluppare ulteriormente in direzione di

un'autonomia integrale. In caso di secessione dallo Stato italiano si dovrebbe chiarire prima il rapporto con l'Ue, come anche la questione se l'Alto Adige, da solo, possa sopravvivere dal punto di vista economico.

8) Toponomastica

I partecipanti che considerano la toponomastica una questione fondamentale chiedono il riconoscimento a livello giuridico dei toponimi storici e l'abolizione di quelli pseudoitaliani, che dovrebbero sopravvivere solo nel linguaggio comune. Altri invitano a considerare la questione della toponomastica con maggiore flessibilità.

9) Convivenza tra gruppi linguistici

Diversi contributi auspicano che l'Alto Adige sia un punto di incontro per persone, culture e lingue diverse e rappresenti un arricchimento in tal senso. Si dovrebbero superare le paure e la categorizzazione per gruppo linguistico, creando luoghi di perdono. La conoscenza della seconda lingua è considerata la chiave per la convivenza. Altri partecipanti alla discussione ritengono importante e necessario il concetto di gruppo etnico. Non vogliono una mescolanza livellante in Alto Adige. Secondo alcuni partecipanti non esisterebbero gabbie etniche, ognuno potrebbe svilupparsi liberamente. In provincia ci sarebbe convivenza, ma anche coesistenza. Per una buona convivenza servirebbe un chiaro distacco da Roma.